

# DISKUSSIONSPAPIERE

Dieter Weiss

Migrationsbewegungen  
aus den südlichen Mittelmeerländern  
und Subsahara-Afrika in die Europäische Union

Herausgegeben von  
Dieter Weiss und Steffen Wippel

Freie Universität Berlin,  
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft,  
Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients

**107**



# DISKUSSIONSPAPIERE

Dieter Weiss

Migrationsbewegungen  
aus den südlichen Mittelmeerländern  
und Subsahara-Afrika in die Europäische Union

**107**

## **Inhalt**

1	Demografische Defizite Europas und wachsender Migrationsdruck	1
2	Diskrepanz der Qualifikationsprofile und arabische Bildungsblockaden	2
3	Begrenzte Wahrnehmungen	3
4	Enttäuschende Entwicklungsergebnisse als Triebkräfte der Migrationsbewegungen	4
5	Facetten des Wanderungsgeschehens	6
6	Das koloniale Erbe	7
7	Arbeitsmigration	7
8	Klimaflüchtlinge	8
9	Flucht vor bewaffneten Konflikten	9
10	EU-Reaktionen	9
11	Migrationspolitische Ansätze	11
12	Ausblick	12
	Literatur	14

## 1 Demografische Defizite Europas und wachsender Migrationsdruck

Die Globalisierung hat auch die Arbeitsmärkte erfasst. Millionen von Menschen verlassen ihre Heimatländer auf der Suche nach Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten. Dazu kommen die Flüchtlingsströme im Gefolge von Klimaveränderungen sowie von bewaffneten Konflikten und Bürgerkriegen. Herkunfts- wie Aufnahmeländer sind darauf weithin nicht vorbereitet.

Das Bevölkerungswachstum in den südlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten und in den angrenzenden Ländern Subsahara-Afrikas liegt in der Größenordnung von zwei bis drei Prozent, was einer Verdopplung in rund 30 Jahren entspricht. Dazu kommt der ökologische Druck im Zuge der immer deutlicher werdenden Klimaveränderungen (insb. Wassermangel, Ausbreitung der Wüsten, Stürme und Überflutungen bisheriger Siedlungsgebiete). Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, verweist auf die Möglichkeit von ökologisch bedingten Fluchtbewegungen in der Größenordnung von vielen Millionen, verbunden mit einer geografischen Verlagerung der Siedlungsgebiete, was sich erfahrungsgemäß nicht ohne schwere Auseinandersetzungen vollzieht.<sup>1</sup> Betroffen von einem Anstieg der Meere sind insbesondere die urbanen Agglomerationen in der Nähe der Mündungsgebiete der großen Flüsse. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter wird die Zahl der Betroffenen allein in Asien auf 150 Millionen geschätzt.<sup>2</sup>

Akute zwischenstaatliche Konflikte bestehen bezüglich der Wassernutzungsrechte der großen Flüsse. So ist auch die Verteilung des Nilwassers seit dem 19. Jahrhundert zwischen Ägypten, dem Sudan und den weiteren Nilanrainern am Oberlauf umstritten.<sup>3</sup> Gleiches gilt für die Türkei und die flussabwärts gelegenen weiteren Anrainer von Euphrat und Tigris. Dazu kommen die alten *Push*- und *Pull*-Faktoren des sozio-ökonomischen Nord-Süd-Gefälles, welche die nachdrängenden jüngeren Bevölkerungsgruppen dazu veranlassen, befriedigendere Lebensperspektiven in Europa zu suchen. Im Vergleich zu den USA, die durch zwei Ozeane abgeschirmt sind und sich auf die Abwehr von Migranten aus Mittel- und Südamerika konzentrieren können, bietet Europa einfachere Zugangsrouten über das Mittelmeer und Osteuropa.

In einer Weltbankstudie wird der demografische Wandel für den Zeithorizont 2010 bis 2050 prognostiziert, aufgeschlüsselt nach Weltregionen und Alterskohorten.<sup>4</sup> Für die EU wird bis 2050 eine Abnahme der Erwerbsbevölkerung in der Altersgruppe der 25- bis 39jährigen um rund 65 Millionen vorausgesagt.<sup>5</sup> Dagegen werden die MENA-Länder, d.h. die Länder des

---

<sup>1</sup> Vgl. Stern (2009), S. 19-21.

<sup>2</sup> Stern (2009), S. 44 f.

<sup>3</sup> Nil-Anrainerstaaten sind Ägypten, Sudan, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda, die sich 1999 in der „Nile Basin Initiative“ zusammengeschlossen haben, um ihre Konflikte bezüglich der Nutzung des Nilwassers zu regeln, was bislang an den divergierenden Interessen scheiterte. Die Hauptkonfliktparteien sind Ägypten, Sudan und Äthiopien. Vgl. Roll (2009), S. 1-2.

<sup>4</sup> Unterschieden nach folgenden Altersjahrgängen: 0-14; 15-24; 25-39; 40-64, 65 und darüber.

<sup>5</sup> Zlaoui, (2009), S. 2.

Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas einen Zuwachs ihrer Erwerbsbevölkerung in der Altersgruppe der 25- bis 39jährigen in Höhe von rund 40 Millionen verzeichnen.<sup>6</sup>

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union weisen unterschiedliche Schrumpfungsraten ihrer Erwerbsbevölkerungen bis 2050 auf. Skandinavien, England, Frankreich und die Benelux-Länder liegen bei einem Rückgang von durchschnittlich 15 bis 20 Prozent, die Schweiz, Österreich, Deutschland und Portugal bei 20 bis 30 Prozent. Noch größere Rückgänge werden für die Baltischen Staaten, Griechenland, Spanien, Ungarn, Polen, Tschechien, die Slowakei und Slowenien mit jeweils 30 bis 45 Prozent erwartet.<sup>7</sup> Somit gehen wir einer dramatischen Alterung und Schrumpfung der Erwerbsbevölkerungen in der EU entgegen, der eine wachsende, mehrheitlich junge Bevölkerung in den MENA-Ländern und in Subsahara-Afrika auf der Suche nach Arbeitsplätzen und Lebenschancen gegenüber steht.

## 2 Diskrepanz der Qualifikationsprofile

Gegenüber diesem Druck dürften die Abwehrmaßnahmen der EU gegen unerwünschte Einwanderungsströme von begrenzter Wirksamkeit sein. Gleichzeitig existiert ein massiver Brain Drain bezüglich der besser Ausgebildeten in den MENA-Ländern. Der bereits deutliche Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Europa wird sich verschärfen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der europäischen Staaten wie Erhöhung der Frauenerwerbsquote, generelle Anhebung des Renteneintrittsalters etc. werden die künftig wachsende Arbeitskräfteknappheit in der EU nicht substantiell beheben können.

In der EU sind gravierende Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung und die Funktionsfähigkeit der staatlichen wie nichtstaatlichen sozialen Dienstleistungssektoren absehbar, beginnend bei der Gesundheitsversorgung und der Altenpflege. Inwieweit wird es möglich sein, die EU-Nachfrage nach generell höher qualifizierten Arbeitskräften – beginnend mit der Beherrschung von Sprache und Schrift der Aufnahmeländer – mit dem latenten Arbeitskräfteangebot der MENA-Länder in Übereinstimmung zu bringen? Letzteres besteht weithin aus Ungelernten, oft nicht einmal mit einem Grundschulabschluss,<sup>8</sup> oft auch aus Analphabeten.

Zudem würde eine quantitative Bildungsinitiative in den MENA-Ländern einschließlich ihrer sekundären und tertiären Bildungssysteme nur begrenzte Verbesserungen bezüglich der in der EU nachgefragten beruflichen Qualifikationsprofile bringen. Denn es werden immer noch überwiegend vorrangig praxisferne, unverstandene Stoffmassen auswendig gelernt und in den Prüfungen abgefragt. Praxis- und Problemlösungsorientierung, kritisches Fragen, kreatives Denken, selbständiges und innovatives Handeln werden innerhalb der kulturellen Lerntradi-

---

<sup>6</sup> New World Bank Report Calls for Early Action to Organize Labor Mobility and Facilitate a Better Match of Skills Demand and Supply Across the Globe, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/=/Cnte...> (9.5.2009). MENA umfasst nach Weltbank-Klassifikation: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Malta, Ägypten, Jordanien, Libanon, West Bank und Gaza, Syrien, Irak, Iran, Bahrain, Djibouti, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Jemen.

<sup>7</sup> Zlaoui (2009), S. 4.

<sup>8</sup> Zlaoui (2009), S. 10.

onen des Nahen und Mittleren Ostens und ihrer repressiven sozio-politischen Umfeldler nicht ermutigt.<sup>9</sup>

Substantielle qualitative Änderungen der Bildungs- und Ausbildungspolitiken in den MENA-Ländern wären erforderlich. Es ginge darum, Entwicklung nicht nur rhetorisch, sondern auch tatsächlich unter Respektierung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, *development commitment* und *good governance* an die Spitze ihrer politischen Agenda zu setzen<sup>10</sup> und die institutionellen Selbstblockaden<sup>11</sup> aufzulösen. Eine generelle Stärkung der Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns ist überfällig. Auch eine deutlichere Konditionierung europäischer Entwicklungshilfe-Transfers, d.h. die Bindung der Mittelüberweisungen an messbare Fortschritte (*benchmarks*) schüfe Anreize für die entschlossener Realisierung von Entwicklungs-, Innovations- und Qualifizierungsstrategien. Seitens der EU wären diese zu flankieren durch eine vorausschauende Migrationspolitik, gestützt auf einen tragfähigen gesellschaftlichen Konsensus und die Einsicht in das gemeinsame Interesse nördlich und südlich des Mittelmeers an einem konstruktiven Umgang mit den sozialen und politischen Herausforderungen des demografischen Wandels.

### 3 Begrenzte Wahrnehmungen

Die offizielle Politik der Bundesrepublik und die öffentliche Wahrnehmung hielten über Jahrzehnte an der Illusion fest, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Damit glaubte man, auf vorausschauende Politiken verzichten und deren Kosten vermeiden zu können. Gegenteilige statistische Befunde wurden verdrängt.<sup>12</sup> Zwischenzeitlich wird die erstaunte deutsche Öffentlichkeit mit dem Faktum konfrontiert, dass jeder fünfte Mitbürger einen „Migrationshintergrund“ hat, und dass die überwiegende Mehrheit unserer Schulanfänger in Migrantenfamilien leben. Anders als in Frankreich sind öffentlichkeitswirksame Protestbewegungen frustrierter, gewaltbereiter Jugendlicher ohne Schulabschlüsse, ohne Lehrstellen und ohne Lebensperspektiven in der Bundesrepublik bislang ausgeblieben. Medial aufrüttelnd präsentierte Anlandungen von Flüchtlingsbooten vor den Küsten südeuropäischer Länder werden als tragische Einzelfälle humanitärer Katastrophen wahrgenommen, nicht als mögliche Vorboten künftiger, weit umfangreicherer Migrantenströme in Richtung auf Europa.

Innenpolitische Debatten in den EU kreisen insbesondere um die Beibehaltung einer mehr oder weniger restriktiven Asylpolitik, häufig verknüpft mit Debatten über ad hoc-Abschiebungen von einzelnen Personen oder Familien, ohne dass die Größenordnungen künftiger interkontinentaler Wanderungen in den Blick geraten. Auch wird übersehen, dass wir es mit einem differenzierten Wanderungsgeschehen zu tun haben. Es geht nicht nur um die Migration von Nordafrika in die EU. Vielmehr sind die südlichen Mittelmeer-Anrainer inzwischen ihrerseits Zielgebiet von Migranten aus afrikanischen Subsahara-Nachbarländern.<sup>13</sup> Diese innerafrikanischen, transsaharischen Wanderungsströme dürften sich in den nächsten

---

<sup>9</sup> Vgl. Claus / Küper / Weiss (2006), S. 1 f.; Weiss (2004a), S. 3-9; Weiss (2004b), S. 125-129; Weiss (2005), S. 37-45.

<sup>10</sup> Vgl. Weiss / Wurzel (1998), S. 27 f.

<sup>11</sup> Weiss (1992).

<sup>12</sup> OECD (2009), S. 94 f.

<sup>13</sup> Diederich (2009), S. 88 f.; Wippel (2008), S. 714 ff.

Jahren noch verstärken, im wesentlichen als Folge des anhaltenden Bevölkerungswachstums, des Fehlens von sozio-ökonomischen Entwicklungsperspektiven und des Klimawandels. Letzterer wird unmittelbar erlebt als zunehmender Wassermangel, Austrocknung von Acker- und Weideflächen, Entwaldung und fortschreitende Desertifizierung. Hinzu kommen vielerorts eskalierende, auch bewaffnete Verteilungskonflikte, oft typischerweise zwischen nomadisierenden Hirten und sesshaften Bauern im Streit um Nutzungsrechte an land- bzw. viehwirtschaftlich genutzten Flächen.

Millionen insbesondere junger Menschen träumen davon, die Europäische Union zu erreichen. Ein relativ kostenintensiver Weg führt über ein Touristenvisum, nach dessen Auslaufen man versucht, in der EU „*sans papiers*“ zu bleiben. Viele versuchen, in der Illegalität des informellen Sektors ökonomisch Fuß zu fassen. Ein noch kostenintensiverer Weg führt über ein – oft mangels finanzieller Ressourcen abgebrochenes – Studium<sup>14</sup>.

Die politische Öffentlichkeit der EU beginnt erst in den letzten Jahren, sich der bevorstehenden denkbaren Ausmaße der Wanderungsströme bewusst zu werden. Brennende Pariser Vorstädte und vor den spanischen, portugiesischen, italienischen und griechischen Küsten aufgebrauchte Flüchtlingsboote schüren ein diffuses Krisenbewusstsein. Völlig außer Betracht bleibt bislang die Möglichkeit der Herausbildung internationaler Resolutionen und Protestvetos – etwa im Rahmen der UN-Vollversammlung oder des UN-Sicherheitsrates – gegen wachsende Zahlen von Todesopfern unter abgedrängten oder zur Rückkehr nach Nord- und Westafrika gezwungenen Bootsflüchtlingen.

#### **4 Enttäuschende Entwicklungsergebnisse als Triebkräfte der Migrationsbewegungen**

Wesentliche Ursachen des zunehmenden Wanderungsdrucks sind die sich relativ verschlechternden Lebensbedingungen in den Herkunftsländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Subsahara-Afrikas und die fehlenden Zukunftsperspektiven insbesondere der jüngeren Generation. Die Ergebnisse nationaler Entwicklungspolitiken und internationaler Hilfeprogramme in den vergangenen Jahrzehnten waren enttäuschend. Dies gilt für die früheren staatssozialistischen Ansätze seit den 1960er Jahren (Typus Algerien, Ägypten, Syrien) ebenso wie für die Feudalregime (Marokko, Jordanien) und für die meisten angrenzenden Sahelländer vom Senegal bis zum Sudan.

Doch auch die Reformansätze in Richtung auf „marktfreundlichere“ Politiken seit den 1980er Jahren mit dem Zerfall der UdSSR und des „sozialistischen Lagers“, nun meist unter Federführung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, blieben hinter den vereinbarten Zielen zurück.<sup>15</sup> Die etablierten politischen Eliten behaupteten vielfach ihre Machtpositionen – von der politischen Führung, der Armee und den Sicherheitsdiensten über die Beamten-schaft und die Staatsbetriebe mit ihren Pfründen bis zu den staatlich kontrollierten Gewerkschaften. Als potentielle Reformverlierer blockierten sie die Reformansätze. Gegen solche Widerstände gelang es den potentiellen Reformgewinnern, also dem privaten Unternehmens-

---

<sup>14</sup> Vgl. OECD (2009), S. 94 f.

<sup>15</sup> Vgl. Weiss / Wurzel (1998), S.90 f.; Wurzel (1999), S. 194 f.

sektor, den Nichtregierungsorganisationen und einer freieren Presse,<sup>16</sup> nur mühsam, sich in den repressiven gesellschaftlichen Umfeldern gegen die autokratischen Strukturen zu etablieren.

Die ökonomischen Folgen sind unübersehbar. Mit Ausnahme einiger Erdölemirate ist die arabische Welt im internationalen Entwicklungswettkampf mit den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas zurückgefallen. Gleiches gilt für die Sahel-Länder. Es gelang ihnen nicht, in hinreichendem Maße, global wettbewerbsfähige Güter, Dienstleistungen und damit produktive Arbeitsplätze für ihre wachsenden Bevölkerungen zu schaffen. So ist das Pro-Kopf-Einkommen von Singapur mit 32.400 US-Dollar doppelt so hoch wie dasjenige von Saudi-Arabien mit 15.450 US-Dollar. Dagegen liegen Südkorea bei 19.700, Malaysia bei 6.400 und Thailand bei 3.400 US-Dollar.<sup>17</sup>

Für Ägypten, das industriell fortgeschrittenste arabische Land, beträgt das Pro-Kopf-Einkommen hingegen nur 1.580 US-Dollar, für Tunesien 3.210, für Marokko 2.290, für Syrien 1.780 und für den Sudan 950 US-Dollar.<sup>18</sup> Noch desolater stellen sich die Länder Subsahara-Afrikas dar: OPEC-Land Nigeria mit 920, Senegal mit 830, Tschad mit 540, Burkina Faso mit 430 und Niger mit 280 US-Dollar.<sup>19</sup> An dieser Kluft haben auch die proklamierten internationalen Selbstverpflichtungen („Millenniumsziele“) der Geber mit der Zielvorgabe einer „Halbierung der Armut“ wenig geändert.

Angesichts solcher Diskrepanzen werden die denkbaren Größenordnungen des künftig zu erwartenden interkontinentalen Wanderungsdrucks deutlich. Ende der 1990er Jahre waren rund 14 Prozent der Arbeitskräfte Nordafrikas als arbeitslos registriert.<sup>20</sup> Die Zahl der Nichtregistrierten ist weit höher. In den Dörfern und den Slumvierteln der Städte sind Möglichkeiten einer Migration nach Europa Dauerthema der Jüngeren. Während die Schwellenländer die Chancen des Welthandels seit den 1960er Jahren genutzt haben, ist für die MENA-Länder Migration die ihnen verbleibende wichtigste Form der Globalisierung.

Doch auch wenn es gelingt, Europa zu erreichen, werden die Hoffnungen vielfach nicht erfüllt. Es stellt sich die Frage nach einer Möglichkeit der Einkommenserzielung – ggfs. in der Illegalität. Vielen Ankömmlingen fehlt es an beruflichen Qualifikationen, kommen sie doch aus einem Umfeld, das immer noch hohe Analphabetenraten aufweist: 52 Prozent in Marokko, 45 Prozent in Ägypten, 33 Prozent in Algerien, 30 Prozent in Tunesien, 26 Prozent in Syrien.<sup>21</sup> Sie konkurrieren um Arbeitsplätze, die EU-Inländern nicht attraktiv erscheinen. Daneben existiert allerdings ein kleineres Segment hochqualifizierter Migranten aus der arabischen

---

<sup>16</sup> Weiss (2002), S. 13.

<sup>17</sup> World Bank (2009), S. 14-16.

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd. In einer ganz anderen Größenordnung befindet sich die Türkei mit 8.030 US-Dollar. Zum Vergleich die vier größten Volkswirtschaften Lateinamerikas: Argentinien 2.540, Brasilien 5.860, Chile 8.190 und Mexiko 9.400 US-Dollar. Deutschland liegt bei 38.800, Frankreich bei 38.500 US-Dollar. Zur Einkommenskaskade entlang der transsaharischen Migrationsrouten siehe auch Wippel (2008), S. 757.

<sup>20</sup> World Bank (2009), S. 7.

<sup>21</sup> World Bank (2002), S. 232-233. Zum Vergleich: Südkorea 2 Prozent, Philippinen und Thailand je 5 Prozent, Malaysia 13 Prozent, ebd.

Welt, die in den Ländern des Nordens Arbeitsplätze übernehmen, für die nicht mehr genügend europäische Spezialisten zur Verfügung stehen.<sup>22</sup>

Den alternden Völkern Europas stehen somit unruhige, frustrierte junge Bevölkerungen in den südlichen Mittelmeer-Anrainern und den Ländern Subsahara-Afrikas gegenüber, die sich in den nächsten rund 30 Jahren nochmals verdoppeln werden. Koordinierte gegensteuernde Politiken seitens der EU-Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern existieren erst in Ansätzen. Die anstehenden Herausforderungen werden nicht allein durch eine technische Aufrüstung von Grenzpolizei<sup>23</sup> und Küstenwachen lösbar sein. Über die etablierte internationale Entwicklungskooperation hinausgreifend wäre vorstellbar, substantielle Arbeitsbeschaffungsprogramme aufzulegen, die darauf abstellen, die einschlägigen *Push*- und *Pull*-Faktoren aus der Perspektive potentieller Migranten direkt zu beeinflussen, also Hilfe bei der Schaffung von Lebenschancen in den Ländern Nordafrikas selbst zu bieten. Hier ist eine zielgenaue Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern gefordert, die die potentiellen Migranten erreicht und die es ihnen attraktiver erscheinen lässt, in ihren Herkunftsregionen zu verbleiben.

## 5 Facetten des Wanderungsgeschehens

Die Wanderungsproblematik ist vielschichtig. Die meisten Länder des nördlichen Afrikas sind inzwischen gleichzeitig Auswanderungs-, Transit- und Einwanderungsländer<sup>24</sup> und geraten selbst unter zunehmenden Wanderungsdruck insbesondere aus Subsahara-Afrika. Die europäische Diskussion hat vor allem Nordafrika im Blick. Die Migrantenbewegungen aus entfernteren Weltregionen werden bislang kaum thematisiert. Von Fall zu Fall werden gestrandete Flüchtlingsboote von den Medien dramatisch ins Bild gesetzt. Weithin unterbelichtet bleiben die erheblichen Binnenwanderungen<sup>25</sup> *innerhalb* Afrikas<sup>26</sup> und des Nahen und Mittlern

<sup>22</sup> Beispielsweise führte dies vor einigen Jahren unter der Regierung Schröder zu dem Versuch, Informatiker aus Indien anzuwerben („Inder statt Kinder“). Er blieb weithin erfolglos, weil die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb um solche gesuchten Spezialisten im Vergleich mit angelsächsischen Ländern nicht hinreichend attraktiv erscheint.

<sup>23</sup> Diederich (2009), S. 62 f.; Wippel (2008), S. 739 ff.

<sup>24</sup> Angenendt (2009), S. 41.

<sup>25</sup> UNDP (2009), S. 28-30.

<sup>26</sup> Vgl. Diederich (2009), S. 91 zur Biografie eines Flüchtlings aus der Elfenbeinküste: **Ibrahim** ist 29 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, lebte als Schneider bei seinen Eltern. Als im September 2002 der Bürgerkrieg beginnt, suchen Rebellen nach freiwilligen Kämpfern. Zwei Cousins werden zwangsrekrutiert und kommen bei den Kämpfen ums Leben. Danach wird verstärkt Druck auf Ibrahim ausgeübt, ebenfalls für die Rebellen zu kämpfen. Als sein Vater versucht, ihn zu schützen, wird er von den Rebellen erschossen. Seine Mutter drängt ihn, das Land zu verlassen. Ibrahim geht mit seiner Frau und seinen zwei Kindern nach Norden an die Grenze zu Mali. Dort wird die Familie an der Weiterreise gehindert. Ibrahim reist allein weiter nach Bamako, der Hauptstadt Malis. Da er auch dort von den Rebellen bedroht wird, verlässt er Bamako in Richtung Algerien, wo er wegen fehlender malischer Staatsbürgerschaft Schwierigkeiten bei der Einreise hat und ihm diese erst nach mehreren Anläufen gelingt. Im Norden Algeriens, an der Grenze zu Marokko, wird er dreimal aufgegriffen und in den algerischen Süden deportiert. Schließlich gelingt es ihm in einer Gruppe mit sechs anderen, die Grenze nach Marokko zu überqueren und nachts mit einem Boot die spanische Enklave Melilla zu erreichen (auf afrikanischen Boden, völkerrechtlich aber Teil Spaniens). Hier stellt er bei den spanischen Behörden Asylantrag. Inzwischen ist er vier Jahre unterwegs und ohne Kontakt zu seiner Familie.

Ein zweites Flüchtlingsschicksal beschreibt Diederichs (2009, S. 88) wie folgt: **Nasuma**, zwischen 30 und 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, arbeitete auf einer Schiffswerft in Kamerun und lebte in seiner Groß-

Ostens. Dabei handelt es sich um saisonale Arbeitsmigranten, um Umweltflüchtlinge im Gefolge von Überschwemmungen, Dürren und Desertifizierungsprozessen, um Flüchtlinge aus Zonen bewaffneter Konflikte (z.B. Darfur), aber auch um Transmigranten aus anderen Weltgebieten.<sup>27</sup> Solche Migrantenschicksale erstrecken sich zum Teil über mehrere Jahre. Zunehmend kommt es auch zu Wanderungen aus entfernteren Weltregionen wie Pakistan, Indien, Bangladesch und China<sup>28</sup> mit der Absicht, über Nordafrika nach Europa zu gelangen. Hier bauen sich Risiken für die wirtschaftliche und soziale Stabilität in den überforderten Transitländern auf.

## 6 Das koloniale Erbe

Nord- und Subsahara-Afrika wurden seit der britischen, französischen, spanischen und italienischen Kolonialherrschaft zu Auswanderungsregionen. Erhebliche Bevölkerungsbewegungen erfolgten insbesondere aus dem Maghreb nach Frankreich. Algerien wurde 1830 erobert, Marokko und Tunesien wurden französische Protektorate. Bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahre 1962 war Algerien formell Teil des französischen Mutterlandes („*la France d’Outre Mer*“). Algerischen Hilfstruppen („*harkis*“), die im algerischen Unabhängigkeitskrieg auf französischer Seite gegen die algerische *Front National de Libération* (FLN) gekämpft hatten, bot man die Möglichkeit, im Rahmen des Rückzugs der französischen Armee nach Frankreich überzusetzen. Dazu kam die Arbeitsmigration aus dem Maghreb. Heute lebt der größte Teil nordafrikanischer Zuwanderer bzw. deren Nachkommen in der zweiten und dritten Generation – vielfach mit Pässen ihrer Aufnahmeländer – in Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal und den Niederlanden. Einen Sonderfall stellt die Bundesrepublik Deutschland dar. Sie wurde zum bevorzugten Zielland für Arbeitsmigranten aus der Türkei. Diese Zuwanderung wurde zeitweilig massiv durch staatliche deutsche Anwerbeposten gefördert.

## 7 Arbeitsmigration

Einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Effekt haben die Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten in Höhe von rund 18 Mrd. US-Dollar pro Jahr an ihre zurückgebliebenen Familien in den Maghrebstaaten. Für Algerien machen sie 1,6 Prozent, für Marokko neun Prozent des

---

familie mit seiner Frau, seinen Eltern, seinen Geschwistern und deren Kindern. Er wollte ein eigenes Haus für seine Kleinfamilie und versuchte, legal nach Europa zu emigrieren, erhielt aber kein Visum. Als er beschuldigt wird, den Tod seines Arbeitskollegen durch Hexerei verursacht zu haben und ihm die Todesstrafe droht, flieht er mit seiner Frau und einem Freund. Zu Fuß erreichen sie Nigeria und reisen weiter nach Niger. Weil sie kein Geld mehr für die Weiterreise haben, nimmt Nasuma eine schlecht bezahlte Arbeit an. Der Freund gibt auf und kehrt nach Kamerun zurück. Sobald Nasuma genug gespart hat, reist er mit seiner Frau nach Algerien. Dort bleiben sie wegen Geldmangel zwei Jahre. Nasuma arbeitet auf dem Bau. Im September 2002 wird seine Tochter geboren. Die Familie zieht weiter nach Marokko, verbringt dort drei weitere Jahre, bis sie an die marokkanisch-spanische Grenze von Melilla gelangen. Aus Angst vor Abschiebung durch den marokkanischen Grenzschutz versteckt sich Nasuma in den Bergen von Melilla, während es Frau und Tochter gelingt, den Grenzzaun nach Melilla zu überwinden. In Melilla bekommt seine Frau im August 2005 ein zweites Kind. Noch bevor Nasuma im Februar 2005 nach Melilla kommt, werden Frau und Kinder in ein Flüchtlingslager in Madrid eingewiesen und dorthin verbracht. Nasuma hat seine Familie seit über zwei Jahren nicht gesehen. Seit eineinhalb Jahren lebt er im Auffanglager Melilla. Vor sieben Jahren hat er Kamerun verlassen.

<sup>27</sup> Angenendt (2009), S. 41.

<sup>28</sup> Angenendt (2009), S. 42.

Bruttoinlandsproduktes aus.<sup>29</sup> Für die nordafrikanischen Regierungen sind nicht nur die Finanztransfers, sondern auch die Entlastungen ihrer Binnenarbeitsmärkte von hohem Interesse, auf welche die jüngeren Jahrgänge nachdrängen. Der „*youth bulge*“ wird als Bedrohung der inneren sozialen Stabilität und der etablierten Herrschaftsgefüge gefürchtet. Heinsohn spricht von den frustrierten, weitgehend chancenlosen „überflüssigen dritten und vierten Söhnen“<sup>30</sup>, die für die biologische Reproduktion nicht benötigt werden und das Reservoir für mögliche politische Gewaltaktivitäten und eskalierende Konflikte bieten.

## 8 Klimaflüchtlinge

Zunehmend verwandeln sich die nordafrikanischen Länder von klassischen Entsendeländern in Transit- und Aufnahmeländer für Migranten aus Subsahara-Afrika, zunehmend aber auch aus entfernteren Weltregionen<sup>31</sup>, die versuchen, über Nordafrika nach Europa zu gelangen. Stern verweist auf die Gefahr, dass als Folge einer weiteren globalen Erwärmung die Siedlungsgebiete der Menschheit neu definiert werden müssen.<sup>32</sup> Die Klimaänderungen könnten weiträumige geographische Verschiebungen menschlicher Siedlungsgebiete auf der Erde auslösen, mit der möglichen Folge von Millionen von Klimaflüchtlingen. UNDP stellt dazu fest: „Schon heute sind Umweltschocks wie zunehmende Trockenheit, Überschwemmungen oder Ressourcenkonflikte ein Grund, warum Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden – das Ausmaß der Migration kann zukünftig alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen.“<sup>33</sup>

Die derzeitigen Hauptwanderungsrouten verlaufen einerseits von Westafrika über Niger und Algerien nach Marokko, andererseits vom Sudan und Ägypten nach Libyen und Tunesien, von wo aus die Migranten versuchen, illegal in die EU zu gelangen. In Folge der Verschärfung und der technischen Aufrüstung der EU-Außengrenzkontrollen wird dies aber immer schwerer. „Die Zahl der in den Maghrebstaaten verbleibenden Migranten steigt, wodurch die Region selbst immer mehr zum Einwanderungsgebiet wird.“<sup>34</sup> Die nordafrikanischen Länder sind darauf mental<sup>35</sup> und institutionell nicht vorbereitet sowie ökonomisch überfordert. Hier zeichnen sich Ansatzpunkte gemeinsamer euro-arabischer Kooperationsmodelle als Teile einer umfassenden Migrationspolitik ab, die erst in Ansätzen existiert.

---

<sup>29</sup> Angenendt (2009), S. 42.

<sup>30</sup> Vgl. Heinsohn (2008), S. 37 f.

<sup>31</sup> Angenendt (2009), S. 42; Wippel (2008), S. 715 ff.

<sup>32</sup> Stern (2009), S. 44 f.

<sup>33</sup> UNDP, [http://dgvn.de/veranstaltung.html?&tx\\_mjseventpro\\_pil\(showUid\)=307&cHash=d88...](http://dgvn.de/veranstaltung.html?&tx_mjseventpro_pil(showUid)=307&cHash=d88...) (9.5.2009).

<sup>34</sup> Angenendt (2009), S. 42.

<sup>35</sup> Berriane (2009), S. 25: „Das teilweise rassistische und diskriminierende Verhalten der Marokkaner, egal in welchem Umfeld, scheint zu einer ‚schwarzen‘ Identitätsbildung beizutragen ... Alle Studierenden erzählen von feindlichen und abwertenden Reaktionen ihnen gegenüber auf der Straße. Die Grundlage dafür sei ihre Hautfarbe, ihr ‚anderes‘ Aussehen. Die geschilderten Erfahrungen gehen von einfachen Beschimpfungen über sexuelle Belästigungen der Frauen bis zum Bewerfen mit Steinen.“ Die schwarze Hautfarbe ist konnotiert mit dem jahrhundertelangen Sklavenstatus von Schwarzafrikanern in Nordwest-Afrika.

## 9 Flucht vor bewaffneten Konflikten

Das Migrationsgeschehen wird indirekt durch einen zweiten, entfernteren Gürtel von Ländern beeinflusst, innerhalb derer weit umfangreichere Migrationsbewegungen vonstatten gehen. Dazu gehören vor allem die großen Flüchtlingsströme im Gefolge bewaffneter Konflikte (Palästina, Libanon, Irak, Afghanistan, Pakistan, afrikanische Bürgerkriege und Genozide).<sup>36</sup> Allein zwischen 2000 bis 2005 wuchs die Zahl solcher Flüchtlinge um rund 3,2 Millionen Menschen. Dazu gehören die irakischen Flüchtlinge in Jordanien und Syrien, somalische Flüchtlinge in Kenia und Flüchtlinge aus Bhutan in Nepal. Im Nahen Osten nahm Syrien die meisten Zuwanderer auf. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) war Ende 2007 für 1,8 Millionen in Syrien, 500.000 in Jordanien und 250.000 im Libanon zuständig, Zusätzlich betreute das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA 1,9 Millionen Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen, 450.000 in Syrien und 416.000 im Libanon, zusammen also rund 5,3 Millionen.

Nicht dokumentiert sind die Fluchtbewegungen im Verlauf der Afghanistan-Kriege der letzten Jahrzehnte in Richtung Pakistan (etwa 2,3 Millionen) und Iran (etwa 1,5 Millionen). In Deutschland leben etwa 75.000 afghanische Flüchtlinge. 2008 wurden 31 Prozent der Asyl-Erstanträge von Irakern gestellt, d.h. von rund 7.000 Antragstellern. In der EU insgesamt wurden 2006 und 2007 mit Abstand die meisten Asylanträge von Irakern gestellt, nämlich rund 38.000. Deutschland nahm 2007 etwa acht Prozent der Flüchtlinge auf, die in die EU einreisten, darunter vor allem Iraker.<sup>37</sup>

## 10 EU-Reaktionen

Seitens der EU wird die irreguläre Zuwanderung als das zentrale Problem des Migrationsgeschehens thematisiert, auch unter den Aspekten von Drogenhandel und Terrorismus. Verlässliche Statistiken liegen nicht vor.<sup>38</sup> Die Schätzungen der Zahl der illegalen Zuwanderer schwanken zwischen 400.000 bis 800.000 pro Jahr.<sup>39</sup> Wichtigste Herkunftsregionen sind die Maghreb- und Maschrek-Länder. Sie werden jedoch zunehmend auch Transitländer für Zuwanderer aus entfernteren Weltregionen. Steigende Zahlen werden von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex für den Indischen Subkontinent und für China gemeldet.<sup>40</sup> Die Zahl der irregulären Zuwanderer wird auf mindestens 100.000 in Mauretanien, 100.000 in Algerien, 1 bis 1,5 Millionen in Libyen und 2,2 bis 4 Millionen in Ägypten geschätzt.<sup>41</sup> Diejenigen, denen es gelingt, trotz der dichter werdenden Abwehrmaßnahmen Europa zu erreichen, versuchen, im informellen Sektor der EU-Länder unterzutauchen und über diverse Formen unregistrierter Gelegenheitsbeschäftigungen ein Überlebenseinkommen zu realisieren, was offenbar immer noch weitgehend gelingt.<sup>42</sup>

---

<sup>36</sup> UNDP (2009), S. 79.

<sup>37</sup> Angenendt (2009), S. 44.

<sup>38</sup> UNDP (2009), S. 29.

<sup>39</sup> Angenendt (2009), S. 46.

<sup>40</sup> Diederich (2009), S. 61-67.

<sup>41</sup> Angenendt (2009), S. 46.

<sup>42</sup> Die OECD schätzt die Anzahl der irregulären Migranten (ohne Angabe der Herkunftsländer) auf 500.000 bis 750.000 in Italien, 200.000 bis 400.000 in Griechenland, 412.000 in Spanien, 93.000 bis 125.000 in Portugal, 310.000 bis 570.000 in Großbritannien, 80.000 bis 100.000 in der Schweiz, 32.000 in Norwegen,

Seitens der Bundesrepublik wurde seit Anfang der 1990er Jahre versucht, die Flüchtlingsströme aus vielen Regionen der Welt einzudämmen. Im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan und der Auflösung der UdSSR stieg die Zahl der Flüchtlinge aus diesen Ländern<sup>43</sup> auf einen zeitweiligen Höchststand von rund 450.000.<sup>44</sup> Das Asylrecht in Europa wurde eingeschränkt, und gemeinsame Regelungen wurden im Rahmen der EU beschlossen (Drittstaatenregelung, Definition sogenannter sicherer Herkunftsstaaten, Flughafenkontrollen, gemeinsame Grenzkontrollen und Visaverfahren).<sup>45</sup>

Viele EU-Länder haben bilaterale Rückübernahme-Abkommen mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens geschlossen. So schiebt Italien auf der Grundlage eines Sonderabkommens mit Libyen illegale Flüchtlinge umgehend dorthin ab.<sup>46</sup> Die EU favorisiert angesichts der Vielzahl schwer übersehbarer einzelstaatlicher Regelungen multilaterale Rückführungsabkommen. Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik plädiert für Schritte in Richtung auf eine Legalisierung der bisher illegalen Praktiken: „Nachhaltige Ergebnisse bei der Reduzierung der irregulären Zuwanderung werden aber nur dann zu erzielen sein, wenn Flüchtlinge wieder eine Chance erhalten, auf legalem Weg in der EU um Asyl nachzusuchen, und wenn Möglichkeiten für befristete und dauerhafte Arbeitsmigration geschaffen werden.“<sup>47</sup> In einigen EU-Ländern entschloss man sich wiederholt zur Legalisierung illegal eingewanderter Personen. Generell ist die Zuwanderungs- und Asylpolitik der europäischen Staaten restriktiver geworden.<sup>48</sup> Längerfristig konzipierte, EU-weite Integrationspolitiken stoßen auf Widerstände der Mitgliedstaaten. Dies gilt auch für eine gemeinschaftliche Regelung der Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte („*Blue Card*“).<sup>49</sup>

---

31.000 in Schweden, 100.000 in Belgien, 74.000 bis 184.000 in den Niederlanden, 200.000 bis 400.000 in Frankreich und zwischen 100.000 und einer Million in Deutschland; OECD (2009), S. 121-122. Auch die EU-Statistik Eurostat weist die Zuwanderung aus den MENA-Ländern in die EU nicht aus.

<sup>43</sup> Vgl. zur statistischen Problematik UNDP (2009), S. 39: „Als die Sowjetunion 1991 auseinanderbrach, wurden 28 Millionen Menschen über Nacht zu internationalen Migranten – selbst wenn sie sich nach der Auflösung der UdSSR keinen Zentimeter bewegt hatten. Das liegt daran, dass in den Statistiken internationale Migranten als Personen definiert werden, die außerhalb ihres Geburtslandes leben. Die Menschen waren vor 1991 innerhalb der Sowjetunion umgezogen und galten nun als im Ausland geboren.“

<sup>44</sup> Angenendt (2009), S. 45.

<sup>45</sup> Diederich (2009), S. 49-53; Angenendt (2009), S. 45.

<sup>46</sup> So hat Italien seit Mai 2009 rund 1.000 Flüchtlinge nach Libyen zurückbefördert. Der UNHCR kritisiert, dass die Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention in den libyschen Aufnahmelagern kaum eingehalten werden. Andere EU-Länder zeigen sich nicht bereit, einen Teil der Flüchtlinge zu übernehmen. Die EU-Innenminister konnten sich im Juni 2009 nicht auf ein verbindliches Quotensystem einigen. Gleiches gilt für das Resettlement-Programm des UNHCR für Flüchtlinge (insb. Folteropfer, Angehörige verfolgter Minderheiten, alleinstehende Frauen mit Kindern), die eine zweite Heimat erhalten. Von den weltweit 66.000 Menschen, die im Rahmen dieses Programms umgesiedelt wurden, fanden nur 4.400 eine Aufnahme in der EU. Derzeitig beteiligen sich zehn EU-Staaten an dem Resettlement-Programm. Eine Entlastung soll es für Malta geben. 2.000 Flüchtlinge, die nach Malta gelangt sind, sollen in anderen EU-Ländern aufgenommen werden. Vgl. Der Tagesspiegel vom 3.9.2009.

<sup>47</sup> Angenendt (2009), S. 47-48.

<sup>48</sup> Diederich, (2009), S. 55 f.

<sup>49</sup> Angenendt (2009), S. 49.

## 11 Migrationspolitische Ansätze

Aktivere europäische Migrationspolitiken wären einzubetten in umfassende entwicklungspolitische Programme<sup>50</sup> in Kooperation mit den potentiellen Herkunftsländern. Dabei geht es vor allem um die Schaffung von wirksamen ökonomischen Anreizen für den Verbleib in den Herkunftsländern. Eine konstruktive Einwanderungspolitik sollte folgende Elemente einschließen: Erleichterung der Mobilität zwischen Herkunfts- und Empfängerländern; Möglichkeiten einer zirkulären Migration, d.h. eines zeitweiligen Pendelns zwischen Herkunfts- und Empfängerland ohne Behinderungen einer mehrfachen Wiedereinreise in die EU; Aufrechterhaltung der im Empfängerland erworbenen Ansprüche auf Sozialleistungen wie Kranken- und Pflegeversicherungen, Pensionen, Renten auch nach Rückkehr in das Herkunftsland; Senkung der Überweisungskosten für Gastarbeitersparnisse, die bis zu 15 Prozent, in manchen Fällen sogar 30 Prozent betragen; Erleichterung von Investitionen von Migranten (grenzüberschreitende Bauspardarlehen, Diaspora-Anleihen, Islamische Finanzierungsinstrumente<sup>51</sup>). Erforderlich sind entschiedenere Angebote und Anreize zum Erwerb von Sprachkenntnissen, Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht, Akzeptanz ethnischer und kultureller Vielfalt bei gleichzeitiger Durchsetzung europäischer Rechtsnormen, Gleichberechtigung der Geschlechter, Einräumung politischer Mitwirkungsrechte (Wahlrecht in Kommunen) bis hin zu Fragen einer doppelten Staatsbürgerschaft.<sup>52</sup> Zugleich wären Programme zur Vorbereitung Migrationswilliger durch berufsqualifizierende Maßnahmen sowie zur Vorbereitung auf die anstehenden sozialen und kulturellen Anpassungsprozesse geboten.

Eine kürzlich erschienene Weltbankstudie im Auftrag der EU<sup>53</sup> weist darauf hin, dass die Globalisierung zu einer nie dagewesenen Mobilität der Arbeitskräfte führt. Gleichzeitig erfolgt eine Auslagerung der Arbeitsplätze aus den alten Industriestandorten Europas (*outsourcing, offshoring*),<sup>54</sup> mitbedingt durch die demografischen Verschiebungen in den Industrieländern, aber auch in den nachdrängenden Schwellenländern Südost- und Ostasiens. Der Bedarf an Höherqualifizierten auf allen Ebenen wird weiter wachsen<sup>55</sup>. Doch sind die bevölkerungsreichen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, Nordafrikas und Subsahara-Afrikas ohne Stützungsmaßnahmen nicht in der Lage, diesen Bedarf ohne Weiteres zu decken.

Eine konstruktivere Handhabung der Migrationsproblematik seitens der EU erfordert die Bündelung einer Vielzahl von Politikbereichen, von außen- und sicherheitspolitischen Ansätzen, der Bekämpfung von Drogen- und Menschenhandel bis zu arbeits-, sozial- und integrationspolitischen Maßnahmen auf der Ebene europäischer Gebietskörperschaften und Kommunen. Entwicklungspolitischen Instrumenten kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Hier geht es um attraktive Beschäftigungs- und Einkommenschancen in den MENA-Ländern, die potentielle Migranten zum Bleiben in ihren Heimatregionen motivieren können, anstatt sich den Risiken und Gefahren einer illegalen Bootspassage über das Mittelmeer auszusetzen.

---

<sup>50</sup> Weiss (1996), S. 61 f.

<sup>51</sup> Vgl. auch Wippel (1994), S. 14 f.

<sup>52</sup> Zlaoui (2009), S. 15.

<sup>53</sup> World Bank (2009), S. 7.

<sup>54</sup> World Bank (2009), S. xx f.

<sup>55</sup> UNDP (2009), S. 62.

Zu denken wäre an arbeitsintensive Public Works-Programme in den MENA-Ländern wie beispielsweise für die Eindämmung der Desertifizierung durch Anlage von Waldgürteln und generelle Aufforstungen, an den Bau von kleinen, dezentralen Wasserreservoirs, an Schutzmaßnahmen gegen Überweidung, an Straßen- und Wegebau oder auch an die Verknüpfung mit dem Aufbau euro-arabischer Solarstromanlagen in Nordafrika.

Mittel- und langfristig geht es um die beharrliche Umsetzung der unstrittigen Entwicklungsagenda: Schaffung entwicklungsadäquater Rahmenbedingungen für in- und ausländische Investitionen durch Rechtsstaatlichkeit und *good governance*, Aktivierung des Humanpotentials durch Bildung und berufsadäquate Ausbildung.<sup>56</sup> Bildungspolitiken müssen langfristig angelegt und kontinuierlich durchgehalten werden, unabhängig von der jeweils wechselnden tagesspolitischen Agenda. Denn es dauert rund 20 Jahre, um eine qualifizierte Arbeitskraft heranzubilden. Auch hier wird nachdrückliche Unterstützung der Partner nötig sein, von der Ermutigung kritischen, kreativen und innovativen Denkens über praxisorientierte Curricula bis zu einer angemessenen Bezahlung der Lehrkräfte sowie der Bereitstellung von Fachliteratur, Labors, Lehrmitteln und baulicher Infrastruktur.

Solche Forderungen sind nicht neu.<sup>57</sup> Auch lehrt die Erfahrung, dass es üblicherweise nicht gelingt, hinreichende Durchsetzungspotentiale bei den budgetären innerstaatlichen Verteilungskämpfen zu mobilisieren. Es bedarf entschlossener Stützungsmaßnahmen seitens der europäischen Entwicklungszusammenarbeit in Verknüpfung mit einer strikten Konditionalität, d.h. einer Bindung der stufenweisen Mittelfreigabe an messbare Fortschritte (*benchmarks*).

Neu an dieser alten entwicklungspolitischen Debatte ist indessen die euro-arabische demografische Dimension.<sup>58</sup> Eine verhalten optimistische Perspektive formuliert die Weltbank:

“Both industrial and developing countries stand to benefit from better-organized migration schemes, more opportunities for labor migration, and better matching between skill demand and skill supply. This is very much the case for the Middle East and North Africa (MENA) and Europe, where important migration links exist. Currently, migration is the main form of global integration for MENA countries, and is making an important contribution to household incomes and national economies in the region. Yet, the scope for improving migration outcomes is significant.”<sup>59</sup>

## 12 Ausblick

Seit dem Anschlag auf die New Yorker Twin Towers vom September 2001 und den wiederholten islamistischen Attentaten in Europa haben die sicherheitspolitischen Aspekte der Migration einen wachsenden Stellenwert erhalten. Damit wird die Herausbildung einer längerfristig tragfähigen, von gegenseitigem Vertrauen zwischen den europäischen Staaten und den südlichen Mittelmeeranrainern getragenen Migrationspolitik zu einem existentiellen Thema euro-arabischer Kooperation und Koexistenz. In Europa wächst die Einsicht, dass längerfristig ein substantieller Zustrom von Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten durch her-

---

<sup>56</sup> World Bank (2009), S. 63.

<sup>57</sup> Vgl. Claus et al. (2006).

<sup>58</sup> World Bank (2009), S.51 f.

<sup>59</sup> World Bank (2009), S. xv-xvi.

kömmliche grenzpolizeiliche Maßnahmen nicht durchgreifend abzuwehren ist, und dass diese Zuwanderung im vitalen demographischen und arbeitsmarktpolitischen Interesse Europas liegt. Angesichts der Dimension der anstehenden Probleme erscheinen die üblichen tagesaktuellen, auf kurzfristige humanitäre Effekte angelegten ad hoc-Aktivitäten unzureichend, etwa wenn wieder einmal humanitäre Katastrophen anlässlich anlandender Flüchtlingsboote zu beklagen sind und entsprechende öffentlichkeitswirksame Soforthilfen mobilisiert werden. Migrationspolitik bedarf eines EU-weiten konzeptionellen Rahmens und einer Einbettung in koordinierte außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Konzepte.

Die anstehenden Größenordnungen denkbarer zukünftiger Zuwanderungen sind bislang kaum in das Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit gedrungen. Andererseits zeigen sich Ansätze der Herausbildung multiethnischer, multikultureller Gesellschaften einschließlich einer entsprechend ausdifferenzierten intellektuellen Elite, wie man sie beispielsweise – gestützt auf eine aktive Einwanderungspolitik – bereits typischerweise in Teilbereichen der USA beobachten kann. Langfristig scheinen sich weltgesellschaftliche Kräfte in eine solche Richtung zu bewegen. Dazu gehören die innovativen Beiträge von zugewanderten Wissenschaftlern, Autoren, Bildenden Künstlern, Musikern, Theaterregisseuren und Filmemachern, die sich im öffentlichen Raum ihrer Aufnahmeländer zunehmend Gehör verschaffen.

## Literatur

- Angenendt, Stefan: Migration, in: Steinberg, Guido (Hg.), Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik, Interessen, Strategien, Handlungsoptionen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2009).
- Berriane, Johara: Studierende aus dem subsaharischen Afrika in Marokko. Motiv, Alltag und Zukunftspläne einer Bildungsmigration, Diskussionspapiere am Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients der Freien Universität Berlin, Nr. 103 (hg. von Dieter Weiss / Steffen Wippel), Berlin (2009).
- Claus, Burghard / Küper, Wolfgang / Weiss, Dieter unter Mitarbeit von Florian Peil: Schwerpunktanalyse Bildungszusammenarbeit in der Region Nahost / Nordafrika, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin, Frankfurt am Main (2006).
- Diederich, Hanna: Melilla – Transit oder Endstation, Europäische Abschottungspolitik und ihre Folgen für die Flüchtlinge, Frankfurt am Main (2009).
- Heinsohn, Gunnar: Söhne und Weltmacht, Terror im Aufstieg und Fall der Nationen, München (2008).
- New World Bank Report Calls for Early Action to Organize Labor Mobility and Facilitate a Better Match of Skills Demand and Supply Across the Globe, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/=/Cnte...> (9.5.2009).
- OECD: International Migration Outlook, Managing Labour Migration Beyond the Crisis, Paris (2009).
- Roll, Stephan: Ägypten und die Nile Basin Initiative, SWP-Aktuell 52, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2009).
- Stern, Nicholas: Der Global Deal, Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen, München (2009).
- UNDP: Bericht über die Menschliche Entwicklung 2009, Berlin (2009).
- UNDP: Internationale Präsentation des über die menschliche Entwicklung 2009, Berlin 2009, [http://dgvn.de/veranstaltung.html?&tx\\_mjseventpro\\_pil\(showUid\)=307&cHash=d88...](http://dgvn.de/veranstaltung.html?&tx_mjseventpro_pil(showUid)=307&cHash=d88...) (9.5.2009).
- Weiss, Dieter: Institutionelle Selbstblockierung von Reformpolitiken – Fallstudie Ägypten, in: Konjunkturpolitik, Vol. 38 (1992), S. 15-37.
- Weiss, Dieter: Kooperationspolitiken der Europäischen Union gegenüber der arabischen Welt – Szenarien und Optionen, in: Hofmann, Sabine / Ibrahim, Ferhad (Hg.): Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten, Bonn (1996), S. 58-78.
- Weiss, Dieter: Freiheit, Wissen und Ermächtigung von Frauen in arabischen Ländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 48 (2004a), S. 3-9.
- Weiss, Dieter: Wege zu einer arabischen Wissensgesellschaft, in: Orient, H.1 (2004b), S. 125-129.
- Weiss, Dieter: Freiheit und Entwicklung in der arabischen Welt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 45 (2005), S. 37-45.

- Weiss, Dieter / Wurzel, Ulrich: The Economics and Politics of Transition to an Open Market Economy – Egypt (auch französisch: Environnement économique et politique de transition vers l'économie de marché – L'Égypte), OECD Development Centre, Paris (1998).
- Wippel, Steffen: Gott, Geld und Staat, Aufstieg und Niedergang der Islamischen Investmentgesellschaften in Ägypten im Spannungsfeld von Ökonomie, Politik und Religion, Münster, Hamburg (1994).
- Wippel, Steffen: Territorialisierungen und Regionalisierungen im nordwestlichen Afrika – Wirtschaft, Politik und Raum in den marokkanisch-mauretanischen Beziehungen, Habilitationsschrift, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (2008).
- World Bank: Building Institutions for Markets, Washington D.C. (2002).
- World Bank: World Development Indicators 2009, Washington D.C. (2009a).
- World Bank: Shaping the Future – A Long-Term Perspective of People and Job Mobility for the Middle East and North Africa, Washington, D.C. (2009b).
- Wurzel, Ulrich: Ägyptische Privatisierungspolitik 1990 bis 1998, Geber-Nehmer-Konflikte, ökonomische Strukturreformen, geostrategische Renten und politische Herrschaftssicherung, Münster, Hamburg, London (1999).
- Zlaoui, Leila: Die Zukunft gestalten, Nahost und Nordafrika (MENA): Mobilität von Menschen und Arbeitsplätzen in langfristiger Sicht, Weltbank, Washington D.C. (2009).



**Bisher erschienen:**

**(Die mit \* gekennzeichneten Nummern sind unter der angegebenen Quelle erschienen und inzwischen nicht mehr im Klaus Schwarz Verlag · Berlin erhältlich.)**

- Nr. 1 Ulrike Schultz: Die Last der Arbeit und der Traum vom Reichtum. Frauengruppen in Kenia zwischen gegenseitiger Hilfe und betriebswirtschaftlichem Kalkül. 1990. (11,20 €).
- Nr. 2\* Marin Trenk: "Dein Reichtum ist dein Ruin". Afrikanische Unternehmer und wirtschaftliche Entwicklung. Ergebnisse und Perspektiven der Unternehmerforschung. 1990. [erschieden in: *Anthropos* 86.1991]
- Nr. 3 Jochen Böhmer: Sozio-kulturelle Bedingungen ökonomischen Handelns in der Türkei. 1990. (11,20 €).
- Nr. 4\* Gitta Walchner: Indiens Elektronikpolitik und die Exportpotentiale der Computerindustrie im Software-Bereich. 1990. [erschieden in: *Internationales Asienforum* 22.1991]
- Nr. 5\* Dieter Weiss: Internationale Unterstützung des Reformprozesses in Entwicklungsländern durch Auflagenpolitik und Politikdialog? Probleme politischer Konditionalität am Beispiel Afrikas. 1990. [erschieden in: H. Sautter (Hg.), *Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern*, Berlin 1991]
- Nr. 6 Dorothea Kübler: Moralökonomie versus Mikroökonomie. Zwei Erklärungsansätze bäuerlichen Wirtschaftens im Vergleich. 1990. (9,80 €).
- Nr. 7 Jochen Böhmer: Die Verschuldungskrise in Schwarzafrika. Ausmaß, Ursachen und Ansatzpunkte für eine Lösung. 1990. (8,80 €).
- Nr. 8\* Manuel Schiffler: Überlebensökonomie, Wohnungsbau und informelle Kredite in einem tunesischen Armenviertel. 1990. [erschieden in *Orient* 33.1992.1]
- Nr. 9 Fritz Roßkopf: Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. 1991. (12,60 €).
- Nr. 10 Barbara Igel: Die Überlebensökonomie der Slumbewohner in Bangkok. 1991. (14,00 €).
- Nr. 11/12\* Dirk Steinwand: Sicherheit und Vertrauen. Informelle Kreditbeziehungen und ländliche Verschuldung in Thailand. Teil 1: Ursachen, Formen, Ausmaß. Teil 2: Eine Fallstudie aus Chachoengsao. 1991. [erschieden als: D. Steinwand, *Sicherheit und Vertrauen*, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991]
- Nr. 13\* Dieter Weiss: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen. Institutionelle Aspekte der Selbstblockierung von Reformpolitiken: Fallstudie Ägypten. 1991. [erschieden in: *Konjunkturpolitik* 38.1992]
- Nr. 14 Christoph David Weinmann: The Making of Wooden Furniture in Mozambique: A Short Overview of the Industry Based on Observations in Mid 1989. 1991. (11,20 €).
- Nr. 15 Armin Liebchen: Überlebensstrategien eines kleinbäuerlichen Dorfes der Bariba am Rande der Sahelzone im Norden Benins. 1991. (21,00 €).
- Nr. 16 Marin Trenk und Elsaied Nour: Geld, Güter und Gaben. Informelle Spar- und Kreditformen in einem Dorf im Nil-Delta. 1992. (9,80 €).
- Nr. 17 Dieter Weiss: Zur ökonomischen Transformation der ehemaligen COMECON-Länder. 1992. (8,80 €).
- Nr. 18 Steffen Wippel: Transformation du système économique et investissements directs allemands en Égypte. 1992. (8,80 €).
- Nr. 19 Günther Taube. Festung Europa oder ein offenes europäisches Haus? 1992. (8,80 €).
- Nr. 20\* Bei fremden Freunden. Erfahrungen aus studentischer Feldforschung. 1992. [erschieden als: M. Trenk u. D. Weiss (Hg.), *Bei fremden Freunden*, LIT-Verlag Münster/Hamburg 1992]
- Nr. 21 Dieter Weiss: Structural Adjustment Programs in the Middle East. The Impact of Value Patterns and Social Norms. 1992. (8,80 €).
- Nr. 22 Dieter Weiss: Economic Transition from Socialism to Market-Friendly Regimes in Arab Countries from the Perspective of Ibn Khaldun. 1993. (8,80 €).
- Nr. 23 Koko N'Diabi Affo-Tenin: "Susu"-Sparen und Fliegende Bankiers. Finanzielle Selbsthilfegruppen von Händlerinnen und Bäuerinnen bei den Bariba in Togo. 1993. (14,00 €).
- Nr. 24 Christina Wildenauer: Von Geistern, Gold, und Geldverleihern. Der informelle Finanzsektor Südindiens und Ansätze zu dessen Einbindung in den formellen Finanzsektor. 1993. (12,60 €).
- Nr. 25 Thama-ini Kinyanjui: "Eating" Project Money. Rural Self-help Projects in Kenya as an Arena of Strategic Groups. 1993. (12,60 €).
- Nr. 26 Dieter Weiss: Entwicklung als Wettbewerb von Kulturen. Betrachtungen zum Nahen und zum Fernen Osten. 1993. (8,80 €).
- Nr. 27 Marko Curavic: Islamische Banken im Spannungsfeld ihrer Stakeholder. Die BEST Bank / Tunesien. 1993. (9,80 €).

- Nr. 28 Elisabeth Grenzebach: Gesicht erwerben und Gesicht verlieren. Die chinesische Alternative zur Tarifautonomie. 1993. (12,60 €).
- Nr. 29 Inse Cornelssen: Vom Bipolarismus zum Multipolarismus: Die EG als Katalysator weltweiter wirtschaftlicher Regionalisierungstendenzen. 1994. (8,80 €).
- Nr. 30 Henk Knaupe und Ulrich G. Wurzel: Die Jewish Agency und die IG Farben. Das Haavara-Abkommen und die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas. 1994. (12,60 €).
- Nr. 31 Haje Schütte: Das Konzept des Informellen Sektors aus der wissenschaftstheoretischen Sicht von Thomas Kuhn. 1994. (9,80 €).
- Nr. 32 Christine Böckelmann: Rotating Savings and Credit Associations (ROSCAs). Selbsthilfepotential und Förderungspolitiken. 1994. (9,80 €).
- Nr. 33 Dieter Weiss: Human Rights and Economic Growth. 1995. (8,80 €).
- Nr. 34 Elsaied Nour: Die Rolle des Sozialfonds im Rahmen der Strukturanpassungspolitik in Ägypten. 1995. (9,80 €).
- Nr. 35 Cornelia Lohmar-Kuhnle: Explorative Projektfindung. Feldstudienenerfahrungen bei der Planung ländlicher Handwerksförderung in der Region Elmali/Türkei. 1995. (14,00 €).
- Nr. 36 Ruth Frackmann: Ghanaische Großfamilienhaushalte. Gemeinsamer Nutzen oder getrennte Kassen? Eine Fallstudie. 1995. (12,60 €).
- Nr. 37 Irmgard Nübler: Der Humanentwicklungsindex: Ein adäquates Meßkonstrukt für Humanentwicklung? 1995. (8,80 €).
- Nr. 38 Steffen Wippel: Islam als "Corporate Identity" von Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen. Eine Fallstudie aus Ägypten. 1995. (17,50 €).
- Nr. 39 Adel Zaghah: A Monetary Alternative for the Palestinian Economy: A Palestinian Currency. 1995. (8,80 €).
- Nr. 40 Dieter Weiss: European-Arab Development Cooperation and the Middle East Peace Process. 1995. (8,80 €).
- Nr. 41 Dieter Weiss: Some Conceptual Views on Planning Strategies for Lagos Metropolitan Area. 1995. (8,80 €).
- Nr. 42 Klaus Komatz: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch EU-Entwicklungspolitik? 1995. (9,80 €).
- Nr. 43 Qays Hamad: Palästinensische Industrialisierung unter unvollständiger Souveränität: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie. 1995. (15,80 €).
- Nr. 44 Birgit Reichenstein: Managementausbildung im Transformationsprozeß der Volksrepublik China. 1995. (11,20 €).
- Nr. 45 Steffen Wippel: "Islam" und "Islamische Wirtschaft". 1995. (15,80 €).
- Nr. 46 Sulaiman Al-Makhadmeh: Zur Kritik der Vernunft der arabischen Renaissance. 1996. (8,80 €).
- Nr. 47 Dieter Weiss: EU-Arab Development Cooperation - Scenarios and Policy Options. 1996. (15,80 €).
- Nr. 48 Steffen Wippel: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluß und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft zu Außenpolitik. 1996. (12,60 €).
- Nr. 49 Susanne Butscher: Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. 1996. (12,60 €).
- Nr. 50 Stefan Bantle und Henrik Egbert: Borders Create Opportunities. An Economic Analysis of Cross-Border Small-Scale Trading. 1996. (8,80 €).
- Nr. 51 Wolfhard Peter Hildebrandt: Die islamische Wirtschaftsideologie. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Pakistan. 1996. (12,60 €).
- Nr. 52 Thomas Ganslmayr: Flutkatastrophen und Wiederaufbau im ländlichen Indien. Fallstudie des Dorfes Thugaon Deo. 1996. (12,60 €).
- Nr. 53 Dieter Weiss: Wissenschaftspolitik und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Anmerkungen zur Berliner Hochschulpolitik. 1996. (8,80 €).
- Nr. 54 Sybille Bauriedl: Konstruktionen des Orients in Deutschland. 1996. (9,80 €).
- Nr. 55 Rainer Hermann: Defizite im Investitionsklima Syriens. 1997. (8,80 €).
- Nr. 56 Manuel Schiffler: Die Euro-Mediterrane Freihandelszone im Licht neuerer Ansätze der Außenwirtschaftstheorie. 1997. (8,80 €).
- Nr. 57 Dieter Weiss: Entwicklungspolitik als Technisch-Wissenschaftliche Kooperations- und Kulturpolitik. 1998. (8,80 €).
- Nr. 58 Meir Samuelsdorff: Finanzielle Fehlkonstruktionen der staatlichen Förderung von Kooperativen in Israel. Die Krise der Moschwei Owdim. 1998. (11,20 €).
- Nr. 59 Petra Streiber: Internationaler Frauenhandel. Funktionsweisen, soziale und ökonomische Ursachen und Gegenmaßnahmen. 1998. (9,80 €).
- Nr. 60 Sebastian von Eichborn: Der Kosovo-Konflikt aus der Sicht des Konzepts der Gewaltmärkte. Ein Bericht aus dem nordalbanischen Grenzgebiet. 1998. (8,80 €).

- Nr. 61 Dieter Weiss: Islamistische Bewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika. Reaktionen der deutschen Entwicklungspolitik. 1998. (8,80 €).
- Nr. 62 Volker Häring: The Closing of the Chinese Mind? Die Debatte um den "Aufbau der geistigen Zivilisation" in China. 1998. (9,80 €).
- Nr. 63 Michael Müller: Entwicklungshemmnisse in der Transformation. Kleine und mittlere Dienstleistungsunternehmen in St. Petersburg. 1999. (11,20 €).
- Nr. 64 Katja Birr: Planung und Management von Entwicklungsprojekten als komplexe Systeme in turbulenten Umwelten: Eine Analyse der Zielorientierten Projektplanung im Rahmen eines entwicklungsorientierten Managements. 1999. (12,60 €).
- Nr. 65 Steffen Wippel: Marokko und der Euro. Folgen der Europäischen Währungsunion für ein assoziiertes Mittelmeer-Drittland. 1999. (15,80 €).
- Nr. 66 Marko Zielonka: Die Entwicklung der Automobilindustrie in Südkorea. Eine Untersuchung unter Anwendung neuerer wettbewerbstheoretischer Konzepte. 1999. (9,80 €).
- Nr. 67 Steffen Wippel: Entwicklung und Probleme der euro-mediterranen Beziehungen aus marokkanischer Sicht. Reaktionen der sozialistischen Opposition zum "Mittelmeerjahr" 1995. 1999. (8,80 €).
- Nr. 68 Udoy M. Ghose: Entwicklungspolitische Defizite der höheren Bildung in Palästina. 1999. (8,80 €).
- Nr. 69 Tom Weber: Ausländische Direktinvestitionen in Malaysia. Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Investitionsbedingungen am Beispiel der deutschen verarbeitenden Industrie. 1999. (9,80 €).
- Nr. 70 Verena Dommer: Kooperative Modelle der Berufsausbildung – Theorie und praktische Umsetzung in der Berufsbildungshilfe. Eine Praxisreflexion anhand von drei Projektbeispielen in der Türkei, Tunesien und Nigeria. 1999. (12,60 €).
- Nr. 71 Hsin Chen: Wirtschaftspolitische und unternehmerische Reaktionen in Taiwan auf die Finanzkrise Südostasiens. 1999. (11,20 €).
- Nr. 72 Gero Gelies: Industrialisierungschancen der Europäischen Peripherie. Die Wettbewerbssituation der portugiesischen Automobilzulieferindustrie. 1999. (12,60 €).
- Nr. 73 Anja Englert: Die Große Arabische Freihandelszone. Motive und Erfolgsaussichten der neuen Initiative für eine intra-arabische Integration aus arabischer Sicht. 2000. (11,20 €).
- Nr. 74 Hatim Mahmoud: Überleben im Slum. Die Überlebensstrategien von Nuba-Migranten im Slumviertel Ummbada der sudanesischen Stadt Omdurman. 2000. (11,20 €).
- Nr. 75 Markus Liemich: Erfolgsfaktoren von Joint Ventures in Rußland. Die Entwicklung eines Mobilfunkanbieters im Großraum Moskau. 2000. (14,00 €).
- Nr. 76 Uwe Simson: Protestantismus und Entwicklung. Was erklärt die Weber-These? Zum Todestag von Max Weber am 14. Juni 2000. 2000. (8,80 €).
- Nr. 77 Sebastian v. Eichborn: Lokales Wissen als Chance in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Soll alles bleiben wie bisher? 2001. (8,80 €).
- Nr. 78 Gerd Günter Klöwer: Financial Co-operatives and Credit Insurance in Mongolia. 2001. (8,80 €).
- Nr. 79 Ulrich Wurzel: "The Missing Dimension". Implikationen systemischer Innovationstheorien für die Euro-mediterrane Wissenschafts- und Technologiekooperation. 2000. (9,80 €).
- Nr. 80 Dieter Weiss: Zur Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern. Stützung innovativer Eliten, Nachkontakte, Gemeinsame Forschungsprojekte, Auffangpositionen in Phasen politischer Unruhen, Interkulturelle Dialogforen, Eine Rolle für EU-Partnerschaftshochschulen. 2000. (8,80 €).
- Nr. 81 Stefanie Roemer: Tibetische Flüchtlingsökonomie. Eine Fallstudie der gewerblichen Siedlung Bir. 2001. (14,00 €).
- Nr. 82 Alexander Solyga: Krisenprävention und Friedensdienste in der deutschen Entwicklungspolitik. Offene konzeptionelle Fragen. 2001. (8,80 €).
- Nr. 83 Daniela Stozno-Weymann: Ländliche Entwicklung und europäische Regionalpolitik in Brandenburg. Mit einer Fallstudie zum Oderbruch. 2001. (12,60 €).
- Nr. 84 Arvid Türkner: Finanzierungspraktiken von Klein- und Mittelunternehmen in St. Petersburg. 2001. (12,60 €).
- Nr. 85 Svenja Wipper: Möglichkeiten, Grenzen und Erfolgsdeterminanten volkswirtschaftlicher Regierungsberatung im Reformprozess der VR China. 2001. (15,80 €).
- Nr. 86 Corinna von Hartrott: Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf die Beschäftigten der Freien Produktionszone Mauritius. 2001. (9,80 €).
- Nr. 87 Noha El Mikawy: Contemporary Islamic Thought in Egypt: Should it be taken seriously? 2002. (9,80 €).
- Nr. 88 Pietro Soddu: Inmigración extracomunitaria en Europa: El caso de los enclaves de Ceuta y Melilla. 2002. (11,20 €).
- Nr. 89 Matthias Lichtenberger: Die Islamisierung der Ökonomie im Sudan. Wirtschaftspolitik zwischen Markt, Macht und Moral. 2002. (14,00 €).
- Nr. 90 Jan-Michael Bach: Islam in Indonesia since the mid-1990s. 2003. (8,80 €).

- Nr. 91 Stephan Manning: Public Private Partnership als Aushandlungsprozess: Befunde und Implikationen für die Entwicklungspolitik. 2003. (11,20 €).
- Nr. 92 Sebastian Gräfe: Privatunternehmer und Unternehmerverbände im Prozess wirtschaftlicher Liberalisierung. Klientelstrukturen, Patronage und Aneignung von Renten im ägyptischen Saatgutsektor. 2003. (12,60 €).
- Nr. 93 Bettina Gräf: Islamische Gelehrte als politische Akteure im globalen Kontext. Eine Fatwa von Yusuf 'Abdallah al-Qaradawi. 2003. (12,60 €).
- Nr. 94 Ines Kohl: Wüstentourismus in Libyen. Folgen, Auswirkungen und lokale Wahrnehmungen. Eine anthropologische Fallstudie aus der Oase Ghat. 2003. (14,00 €).
- Nr. 95 Stephan J. Roll: Die Süd-Süd-Integration im Rahmen der Euro-Mediterranen Freihandelszone. Integrationsperspektiven und Integrationsprobleme der arabischen Mittelmeerpartnerländer. 2004. (12,60 €).
- Nr. 96 Sabine Hutfilter/Annika Schäfer: Versorgungsdefizite in Dakar. Der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie öffentlichem Transport unter besonderer Berücksichtigung der peripheren Stadtgebiete. 2005. (15,80 €).
- Nr. 97 Uwe Simson: Von Spengler lernen? Zum 70. Todestag von Oswald Spengler am 7. Mai 2006. 2006. (8,80 €).
- Nr. 98 Stephan J. Roll: Zwischen Finanzsektorliberalisierung und Herrschaftssicherung. Der Aufstieg einer ägyptischen Investmentbank und das politisch-ökonomische Netzwerk im Hintergrund. 2006. (11,20 €).
- Nr. 99 Florian Peil: Aufstand in Mekka. Die Besetzung der Großen Moschee 1979. 2006. (11,20 €).
- Nr. 100 Ulrich G. Wurzel: Limits to Economic Reform in an Authoritarian State. Egypt since the 1990s. 2007. (11,20 €).
- Nr. 101 Thomas Hüsken/Georg Klute: Emerging Forms of Power in Contemporary Africa. A Theoretical and Empirical Research Outline. 2008. (8,80 €).
- Nr. 102 Dennis Kumetat: Das Scheitern deutscher Unternehmen und deutscher Auswärtiger Politik im Nahen Osten. Irak, Ägypten, Saudi-Arabien 1933-39. 2008. (12,60 €).
- Nr. 103 Johara Berriane: Studierende aus dem subsaharischen Afrika in Marokko. Motive, Alltag und Zukunftspläne einer Bildungsmigration. 2009. (12,60 €).
- Nr. 104 Tina Zintl: Modernisierungspolitik durch Kompetenztransfer? Syrische Remigranten mit deutschem Hochschulabschluss als Katalysatoren von *Brain Gain* in Syrien unter Bashar al-Assad. 2009. (8,80 €).
- Nr. 105 Thomas Hüsken: Stämme, Staaten und Assoziationen. Die neotribale Wettbewerbsordnung im ägyptisch-libyschen Grenzland. 2009. (9,80 €).
- Nr. 106 Ulrich G. Wurzel: Middle East-Related Economic Research in Germany. Scientific Community, Institutional Framework, Subject Choice and Methodological Selectivity. 2009. (11,20 €).
- Nr. 107 Dieter Weiss: Migrationsbewegungen aus den südlichen Mittelmeerländern und Subsahara-Afrika in die Europäische Union. 2010. (8,80 €).
- Nr. 108 Sarah Ruth Sippel: „Resistance is futile“? – Zivilgesellschaft und Exportproduktion in Süd-Marokko. 2010. (8,80 €).



